





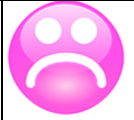






































Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Antworten der Parteien

1. Zusammenschau

						
Angleichung des Artikel 3 Abs 3 GG an die europäische Grundrechtcharta mit Ergänzung der Merkmale Alter und sexuelle Identität						
Unterstützung und Sensibilisieren von KMU und kleineren Verwaltungen für Diversity Management durch die Ministerien für Wirtschaft und Arbeit						
Initiativen für Diversity Management durch den Bund als Arbeitgeber						
Nationaler Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte						
Ausnahmetatbestände für Unternehmen von Religionsgemeinschaften streichen und dem staatlichen. Recht angleichen						
Arbeitsmarktintegration homo-, bi- und transsexueller Flüchtlinge						

2. CDU/CSU

	
Artikel 3 GG	Eine ausdrückliche Nennung der sexuellen Orientierung ist nicht notwendig, da Diskriminierungsschutz bereits gewährleistet ist. Bloße Orientierung haben auch keinen Verfassungsrang.
KMU und Diversity Management	Die Unterstützung des Diversity Ansatz als freiwilliger Ansatz der Wirtschaft ohne Reglement durch die Politik. Kein Handlungsbedarf!
Bund als Arbeitgeber	Diversity im Schwerpunkt der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2015. Mehr Offenheit bei Menschen mit Behinderung, kein LSBTI-Aspekt!
Nationaler Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte	Der Status Quo des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus ist ausreichend. Keinen weiteren Handlungsbedarf!
Unternehmen von Religionsgemeinschaften	Kein Handlungsbedarf.
Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen	Förderung eines bewussten Umdenkens bei den Personalverantwortlichen.

3. SPD

	
Artikel 3 GG	Die Gleichheitsrechte sollen in Artikel 3 Abs. 3 GG um das Merkmal sexuelle Identität angeglichen werden.
KMU und Diversity Management	Die Rolle von Diversity Beauftragten sollen gesetzlich festgeschrieben werden und es soll eine besondere Förderung von Diversity Ansätzen in KMU geben.
Bund als Arbeitgeber	Förderungen von Maßnahmen von Initiativen zu Diversity-Ansätzen, Abbau von Diskriminierung besonders bezogen auf Trans- und Intergeschlechtlichkeit.
Nationaler Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte	Eine Weiterschreibung eines nationalen Aktionsplans als politisches Projekt. Besondere Schwerpunkte liegen hier auf der Verbesserung der Lage von Trans- und InterMenschen.
Unternehmen von Religionsgemeinschaften	Eine Änderung des geltenden Rechtslage ist nur mit einer 2/3 Mehrheit denkbar. Es ist keine Initiative zur Änderung angedacht.
Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen	Weiterentwicklung und Stärkung des AGG, Verweis auf Art. 3GG, direkte Auswirkungen auf LGBTI-Geflüchtete im Arbeitsmarkt.

Völklinger Kreis e.V.
Bundesverband
schwuler Führungskräfte

Vorstand
Michael Kauch
(Vorsitzender)
R. Sebastian Straub
(stv. Vorsitzender)
Matthias Weber
(stv. Vorsitzender)
Robert Dadanski
Alf Spröde
Christoph te Heesen

Bundesgeschäftsstelle
Kaiserdamm 31
14057 Berlin

+49 30 30103880 Fon
+49 30 30103881 Fax
buero@vk-online.de
vk-online.de

Bankverbindung
Deutsche Bank Berlin
IBAN DE68 1007 0000
0018 8466 00
BIC DEUTDE33XXX

Amtsgericht
Berlin-Charlottenburg
VR: 28563B

4. Die Linke

	DIE LINKE.
Artikel 3 GG	Die Gleichheitsrechte sollen in Artikel 3 Abs. 3 GG um das Merkmal sexuelle Identität und Alter an die europäische Grundrechtecharta angeglichen werden.
KMU und Diversity Management	Diversity in KMU soll durch die Ministerien Wirtschaft und Arbeit gefördert werden. Darüber hinaus soll das AGG mit deutliche verlängerten Klagefristen, Verbandsklagerecht, eigenes Klagerecht für die ADS ausgebaut werden (kritisch hinterfragt von KMU)
Bund als Arbeitgeber	Diversity Management für die öffentlichen Arbeitgeber entwickelt gemeinsam mit den Gewerkschaften, der ADS und den Interessenvertretern von Betroffenen. Keine eigenen Vorschläge.
Nationaler Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte	Stärkung und Weiterentwicklung eines Aktionsplans mit Schwerpunkt auf Mehrfachdiskriminierung und Intersektioinalität.
Unternehmen von Religionsgemeinschaften	Uneingeschränktes Streikrecht, Streichung des §118 des Betriebsverfassungsgesetzes mit Ausnahmen für Religionsgemeinschaften und Tendenzbetriebe, uneingeschränkte Geltung und Anwendung des AGG.
Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen	Der Schlüssel für Sozialarbeit und psychosoziale Betreuung muß der vielfachen Diskriminierung der LGBTI Geflüchteten gerecht werden. Gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und den Jobcentern sollen Konzepte für eine Integration entwickelt werden. Besonderer Hinweis auf die Expertise des VK.

Völklinger Kreis e.V.
Bundesverband
schwuler Führungskräfte

Vorstand
Michael Kauch
(Vorsitzender)
R. Sebastian Straub
(stv. Vorsitzender)
Matthias Weber
(stv. Vorsitzender)
Robert Dadanski
Alf Spröde
Christoph te Heesen

Bundesgeschäftsstelle
Kaiserdamm 31
14057 Berlin


+49 30 30103880 Fon
+49 30 30103881 Fax
buero@vk-online.de
vk-online.de

Bankverbindung
Deutsche Bank Berlin
IBAN DE68 1007 0000
0018 8466 00
BIC DEUTDE33XXX

Amtsgericht
Berlin-Charlottenburg
VR: 28563B

Ust.-ID-Nr.:
DE236864004

5. Bündnis 90/die Grünen

	
Artikel 3 GG	Das Gleichheitsgebot des GG soll um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzt werden.
KMU und Diversity Management	Betonung der freiwilligen Instrumente bei Diversity Management und deren staatliche Unterstützung. Prüfungsbedarf, ob die Ministerien Wirtschaft/Arbeit oder eine personell und finanziell besser ausgestattete ADS beauftragt werden sollen.
Bund als Arbeitgeber	Forderung den Anwendungsbereich des AGG um den Bereich staatliche Handelns sowie verbindliche Rahmen für eine umfassende und tatsächliche Durchsetzung von Gleichberechtigung für den Bereich des staatlichen Handelns zu verankern (inkludiert Chancen und Leistungsgerechtigkeit auch hinsichtlich LSBTI). Keine konkreten Aussagen zu den Behörden selbst!
Nationaler Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte	Nationaler Aktionsplan mit den Erfahrungen der Länder mit klaren Zielen zur Umsetzung und Selbstverpflichtung, Weiterentwicklung und langfristige finanzielle Absicherung.
Unternehmen von Religionsgemeinschaften	Streikrecht und Koalitionsfreiheit gewährleisten, Überprüfung des §112 Personalvertretungsgesetz und §118 Betriebsverfassungsgesetz, Änderung des AGG und der arbeitsrechtlichen EU Antidiskriminierungsrichtlinie um den individuellen Rechten mehr Geltung zu verschaffen. Die Ausnahmeklausel soll nur noch auf den Kernbereich der Verkündigung Anwendung finden.
Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen	Schutz vor Diskriminierung und Übergriffen, Lebenssituation und Nichtdiskriminierung müssen Themen der Integration sein und werden. Keine weiteren Sonderrechte, sondern Integration als partizipativer Prozess auf Grundlage des GG. Zusammenarbeit mit Bundesagentur für Arbeit und Sozialamt.

Völklinger Kreis e.V.
Bundesverband
schwuler Führungskräfte

Vorstand
Michael Kauch
(Vorsitzender)
R. Sebastian Straub
(stv. Vorsitzender)
Matthias Weber
(stv. Vorsitzender)
Robert Dadanski
Alf Spröde
Christoph te Heesen

Bundesgeschäftsstelle
Kaiserdamm 31
14057 Berlin

+49 30 30103880 Fon
+49 30 30103881 Fax
buero@vk-online.de
vk-online.de

Bankverbindung
Deutsche Bank Berlin
IBAN DE68 1007 0000
0018 8466 00
BIC DEUTDE33XXX

Amtsgericht
Berlin-Charlottenburg
VR: 28563B

Ust.-ID-Nr.:
DE236864004

6. FDP

Artikel 3 GG	Anpassung des Antidiskriminierungskatalogs in Art. 3 Abs. 3 GG an die europäische Grundrechtecharta durch die Merkmale sexuelle Ausrichtung und Alter.
KMU und Diversity Management	Diversity Management als sinnvolle Alternative zu Quoten und anderer Formen bürokratischer Antidiskriminierungspolitik. Förderung von Diversity-Konzepten durch die Ministerien der Wirtschaft und Arbeit. Verankerung des Themas „Vielfalt in der Arbeitswelt“ in der beruflichen Bildung.
Bund als Arbeitgeber	Umstrukturierung der Frauen- und Behindertenbeauftragten hin zu einem breiteren Ansatz von ganzheitlichem Diversity Management im öffentlichen Dienst. Schaffung von einheitlichen Standards und Prozessen auf die Ministerien und Behörden um Best Practice (vgl. Verteidigungsministerium) zu verankern.
Nationaler Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte	Unterstützung von Aktionsplänen, die messbare Ziele verfolgen und erkennbare Ergebnisse zeigen. Rechtliche Diskriminierungen beseitigen (Transsexuellengesetz, Blutspende-Verbot, Personenstands- und Namensänderung..) um Toleranz und Akzeptanz zu stärken.
Unternehmen von Religionsgemeinschaften	Die Ausgrenzung von Arbeitnehmern bestimmter Arbeitgeber sollen beendet werden. Betriebe sozialer Dienstleistungen sollen generell in das Betriebsverfassungsgesetz einbezogen werden. Der Verkündigungsbereich von Religionsgemeinschaften bleibt davon unberührt. Keine weitergehende Aussage zum Arbeitsrecht.
Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen	Angemessene Unterkunft und Betreuung von LSBTI Geflüchteten, Aufklärung über die Rechte, bestmöglicher Schutz und Integration in den Arbeitsmarkt basierend auf dem Ansatz eines ganzheitlichen Diversity Managements.

Völklinger Kreis e.V.
Bundesverband
schwuler Führungskräfte

Vorstand
Michael Kauch
(Vorsitzender)
R. Sebastian Straub
(stv. Vorsitzender)
Matthias Weber
(stv. Vorsitzender)
Robert Dadanski
Alf Spröde
Christoph te Heesen

Bundesgeschäftsstelle
Kaiserdamm 31
14057 Berlin

+49 30 30103880 Fon
+49 30 30103881 Fax
buero@vk-online.de
vk-online.de

Bankverbindung
Deutsche Bank Berlin
IBAN DE68 1007 0000
0018 8466 00
BIC DEUTDE33XXX

Amtsgericht
Berlin-Charlottenburg
VR: 28563B

Ust.-ID-Nr.:
DE236864004

6. AfD

Die AfD wurde angefragt, hat jedoch auf unsere Anfragen nicht geantwortet. Die Positionen sind jedoch sowohl im Wahlprogramm wie auch durch Äußerungen der Kandidatinnen und Kandidaten klar festzumachen.